Satzung des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein

in der Fassung vom 16.05.2025. Verwiesen wird auch auf die Bundessatzung der Partei des Fortschritts („PdF“).

I. Allgemeine Bestimmungen	2
Artikel 1: Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet	2
Artikel 2: Aufnahme und Austritt von Mitgliedern	2
Artikel 3: Rechte und Pflichten der Parteimitglieder	3
Artikel 4: Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und Ausschluss	3
Artikel 5: Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände	3
Artikel 6: Allgemeine Gliederung des Landesverbands	4
Artikel 6a: Verbandsgremien	5
Artikel 6b: Landesparteiparlament	5
Artikel 6c: Jugendorganisation	6
Artikel 7: Landesvorstand und übrige Landesorgane	6
Artikel 7a: Landesparteisprecher	8
Artikel 8: Beschlussfassungen durch die Mitglieder- und Vertreterversammlungen	9
Artikel 9: Voraussetzung, Form und Frist der Einberufung der Mitglieder- und Vertreterversammlungen sowie Beurkundung der Beschlüsse	10
Artikel 10: Gebietsverbände und Organe, die zur Einreichung von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen berechtigt sind	10
Artikel 11: Urabstimmung der Mitglieder und Verfahren bei Auflösung des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein oder der Verschmelzung mit einem anderen Landesverband	10
Artikel 12: Besondere Verantwortung von Amt- und Mandatsträgern	11
Artikel 13: Finanzordnung	11
II. Schlussbestimmungen	12
Artikel 14: Schlussbestimmungen	12
III. Inkrafttreten	13

I. Allgemeine Bestimmungen

Diese Satzung gilt für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein.

Artikel 1: Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

1. Der Name der Partei lautet „Partei des Fortschritts“. Als Kurzbezeichnung verwendet sie (in dieser Schreibweise) die Buchstabenkombination „PdF“. Der Landesverband Schleswig-Holstein trägt den Namen „PdF Landesverband Schleswig-Holstein“.
2. Der PdF Landesverband Schleswig-Holstein hat seinen Sitz in Schleswig-Holstein.
3. Der PdF Landesverband Schleswig-Holstein ist im gesamten Gebiet des Landes Schleswig-Holstein tätig.
4. Artikel 1 Absatz 4, 5 der Bundessatzung der Partei gilt unberührt.
5. Die in dieser Satzung verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich – sofern nicht anders kenntlich gemacht – auf alle Geschlechter.
6. Verweise auf die Bundessatzung gelten für die jeweils aktuelle Fassung.

Artikel 2: Aufnahme und Austritt von Mitgliedern

Artikel 2 Absatz 1-7 der Bundessatzung gilt für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein unberührt. Mitglied des Landesverbandes ist jedes Parteimitglied, welches im Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Parteimitglieder, welche nach Satz 2 nicht Mitglieder des Landesverbandes sind, können ihre Mitgliedschaft im Landesverband durch die in der Bundesverbandsgeschäftsordnung vorgegebene Stelle feststellen lassen.

Artikel 3: Rechte und Pflichten der Parteimitglieder

1. Artikel 3 Absatz 3-6 der Bundessatzung gilt für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein unberührt.
2. Es wird kein Mitgliedsbeitrag für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein erhoben.

Artikel 4: Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder und Ausschluss

Der Landesvorstand und der Landesparteitag können entsprechend den Bestimmungen des Artikel 4 der Bundessatzung Ordnungsmaßnahmen gegen Mitglieder des Landesverbandes erlassen oder diese ausschließen.

Artikel 5: Zulässige Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände

1. Der Landesverband kann Ordnungsmaßnahmen gegen Gebietsverbände (Kreisverbände und Ortsverbände) erlassen, welche in seinem Tätigkeitsgebiet ihren Sitz haben, die
 - a) den Zielen oder Grundsätzen der Partei entgegenwirken,
 - b) sich in ihrem politischen Wirken gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland stellen
 - c) oder ein entsprechendes Verhalten ihrer Mitglieder tolerieren.
2. Artikel 5 Absatz 2, 3 der Bundessatzung gilt für den Landesverband unberührt.
3. Ordnungsmaßnahmen werden durch den Vorstand des Landesverbandes getroffen und von diesem parteiöffentlich gemacht.

Dieser hat für die Maßnahmen die Bestätigung auf dem nächsten Landesparteitag einzuholen. Gegen die Ordnungsmaßnahme kann der betroffene Gebietsverband beim zuständigen Landesschiedsgericht Anrufung einlegen. Gegen die Entscheidung des Landesschiedsgerichts kann der Gebietsverband vor das Bundesschiedsgericht ziehen.

Artikel 6: Allgemeine Gliederung des Landesverbandes

1. Der PdF Landesverband Schleswig-Holstein ist dem Bundesverband der PdF untergeordnet.
2. Parteimitglieder, welche nach Artikel 2 Satz 2 oder 3 dieser Satzung Mitglied des Landesverbandes sind, können im Tätigkeitsgebiet des Landesverbandes Gebietsverbände auf folgenden Ebenen gründen:
 - a) Kreisebene,
 - b) Orts-/ Gemeindeebene.

Dabei müssen mindestens drei Mitglieder als Vorstand in freier, allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl gewählt werden. Der Vorstand muss haben:

- a) Vorstandsvorsitz,
- b) stellvertretenden Vorsitz (Schriftführer),
- c) Schatzmeister.

Erweiterungen des Gebietsverbandsvorstands können durch Antrag beim zeitlich nächsten Gebietsverbandsparteitag eingebracht und beschlossen werden. Artikel 6 Absatz 1 Satz 4 ff. der Bundessatzung gilt hierbei unberührt.

3. Artikel 6 Absatz 3, 4 der Bundessatzung gilt für den Landesverband unberührt.
4. Der Landesverband beruft ein Landesparteiparlament ein.
5. Die Organe des Landesverbandes wählen eine ständig (bei auf Zeit gewählten Organen eine für diese Zeit begrenzte) zuständige

Veranstaltungsleitung. Des Weiteren gilt Artikel 6 Absatz 7 der Bundessatzung entsprechend.

6. Die Satzungshoheit des Bundesverbands bleibt von dieser Satzung unberührt. Abweichende Regelungen dieser Satzung von der Bundessatzung können gemäß Artikel 6 Absatz 8 der Bundessatzung getroffen werden. Diese sind vor Beschluss dem Parteiprecher des Bundesverbandes zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen. Regelungen, welche für diese Satzung getroffen werden und von den Grundsätzen der Partei abweichen, besitzen keine Gültigkeit.
7. Der Öffentlichkeitsgrundsatz des Artikel 6 Absatz 9 der Bundessatzung gilt für diese Satzung unberührt.

Artikel 6a: Verbandsgremien

Wesentliche Organe des Landesverbandes sind:

- a) Mitgliederversammlung (Parteitag),
- b) Landesparteiparlament,
- c) Landesvorstand,
- d) Landesparteiprecher,
- e) Landesschiedsgericht.

Neben den in der Landessatzung erwähnten Organen sind keine weiteren zulässig.

Artikel 6b: Landesparteiparlament

1. Das Landesparteiparlament trifft die programmatischen Beschlüsse des Landesverbandes. Änderungen des Grundsatprogramms und die Wahlprogramme müssen an den Landesparteitag weitergeleitet werden.
2. Jedes Mitglied des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein ist stimmberechtigtes Mitglied des Landesparteiparlamentes.

3. Artikel 6b Absatz 3 ff. der Bundessatzung gilt für den Landesverband unberührt.
4. Das Landesparteiparlament folgt in seiner Arbeitsweise dem Bundesparteiparlament und dessen Geschäftsordnung. Es besitzt keine eigene Landesparlamentsgeschäftsordnung.
5. Bestimmungen über die inhaltliche Zuständigkeit des Landesparteiparlamentes und aller untergeordneten Parteiparlamente trifft die Bundesverbandsgeschäftsordnung.
6. Gibt es noch kein Parteiparlament auf Landesebene, so kann in einem höheren Parteiparlament die Ausarbeitung von landespolitischen Positionen für den Landesverband erfolgen. Genauerer regeln die Bundesverbandsgeschäftsordnung und die Geschäftsordnung des Bundesparteiparlaments.

Artikel 6c: Jugendorganisation

1. Der Landesverband Schleswig-Holstein der parteiinternen Jugendorganisation „JPG“ ist Teil des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein.
2. Die Jugendorganisation trägt den Namen „Jung Politisch Gutausschend“, als Kurzbezeichnung verwendet sie (in dieser Schreibweise) „JPG“. Der Landesverband der JPG, welcher gemäß 1. zum PdF Landesverband Schleswig-Holstein zugehörig ist, trägt weiterhin den Namen „JPG Schleswig-Holstein“.
3. Artikel 6c Absatz 3-9 der Bundessatzung gilt für den Landesverband unberührt.

Artikel 7: Landesvorstand und übrige Landesorgane

1. Zur Leitung und Führung der Geschäfte des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein wird nach den Beschlüssen des

Landesparteitages sowie des Landesparteiparlamentes ein Landesvorstand gebildet.

2. Der Landesvorstand tritt zur Durchführung seiner Aufgaben mindestens einmal im Monat zusammen. Er entscheidet über konkrete Maßnahmen zur Durchführung der Beschlüsse der Landesparteitage und des Landesparteiparlamentes und berichtet diesen darüber. Er koordiniert weiterhin die Umsetzung der Landespartei politik in den Kreis- und Ortsverbänden, die in seinem Tätigkeitsgebiet liegen, sowie die Kooperation zwischen dem Landesverband, seinen nach diesem Satz zugehörigen Gebietsverbänden und dem Bundesverband. Er überwacht nach den Vorschriften des PartG und des Artikel 13 dieser Satzung die Finanzen des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein.
3. Der Landesvorstand des Landesverbandes besteht aus
 - a) Landesvorstandsvorsitzendem,
 - b) stellvertretendem Landesvorstandsvorsitz (Schriftführer),
 - c) Landesschatzmeister
 - d) und den weiteren Landesvorstandsmitgliedern, deren Anzahl per Parteitagsbeschluss festgesetzt wird.

Nicht-stimmberechtigte Mitglieder des Landesvorstandes sind Landesparteisprecher und Landesparlamentspräsident. Von den nach 2. zum Landesverband zugehörigen Kreisverbandsvorständen gewählte Vertreter für den Landesvorstand sowie die Fraktionschefs der PdF-Fraktion im Landtag des Bundeslands Schleswig-Holstein sind Beobachter, die ihre Organe gegenüber dem Landesvorstand vertreten. Sie sind berechtigt, an geschlossenen Sitzungen des Landesvorstands teilzunehmen.

4. Der Landesvorstand wird aus der Mitte der Mitglieder des Landesverbandes gewählt. Jedes Mitglied des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein kann sich zur Wahl als

- Vorstandsmitglied aufstellen lassen, soweit eine Kandidatur gemäß Artikel 4 dieser Satzung nicht ausgeschlossen ist.
5. Der Landesvorstand kontrolliert die Arbeit des Landesparteisprechers. Der Landesparteisprecher muss bei Landesvorstandssitzungen Bericht über seine Partei- sowie Sprecherarbeit erstatten und den restlichen Landesvorstandsmitgliedern Auskunft bei Nachfragen geben.
 6. Der Landesvorstand erarbeitet keine eigenen politischen Positionen. Artikel 7 Absatz 1 e) Satz 2 und 3 der Bundessatzung gilt entsprechend.
 7. Das Landesparteiparlament verfügt über die in Artikel 6b der Bundessatzung formulierten Befugnisse und Kompetenzen. Es ist in seiner Arbeit frei von Einflussnahme durch den Landesvorstand oder den Landesvorsitzenden.
 8. Der Landesvorstand kann für den Landesverband zur Erfüllung der Parteiziele eine zentrale Geschäftsstelle in seinem Tätigkeitsgebiet einrichten. Das Einstellen von Mitarbeitern in dieser Landesgeschäftsstelle muss von einer Mitgliederversammlung bestätigt werden.
 9. Der Landesvorstand entsendet zur Durchführung von Landtagswahlen und Bundestagswahlen Vertreter in das Wahlkompetenzzentrum des Bundesverbandes. Dort wird der Wahlkampf durch die entsendeten Vertreter organisiert.
 10. Zur Wahrnehmung seiner organisatorischen Aufgaben entsendet der Landesvorstand Vertreter in die Unterorgane des Bundesvorstands. Genaueres regelt die Bundesverbandsgeschäftsordnung.

Artikel 7a: Landesparteisprecher

1. In Anerkennung des basisdemokratischen Charakters der PdF und des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein sowie seiner

zugehörigen untergeordneten Gebietsverbände trägt der Landesvorsitzende den Titel Landespartei sprecher.

2. Das Amt des Landespartei sprechers kann auch als Doppelspitze ausgeübt werden. Der Artikel 7a Absatz 2 Satz 2 und 3 der Bundessatzung gilt entsprechend.
3. Der Artikel 7a Absatz 3 und 4 der Bundessatzung gilt entsprechend.
4. Die Aufgaben des Landessprechers gelten analog zu Artikel 7a Absatz 5 ff. der Bundessatzung entsprechend auf Landesebene.

Artikel 8: Beschlussfassungen durch die Mitglieder- und Vertreterversammlungen

1. Die Entscheidungen des Landesvorstandes werden durch Mehrheitsbeschlüsse getroffen.
2. Die Entscheidungen in den übrigen Organen des Landesverbandes werden über Regelungen in den jeweils selbst gegebenen Geschäftsordnungen erarbeitet, sofern die Bundesgeschäftsordnung keine Abstimmungsmodalitäten für die Landesverbände und ihre Organe festlegt.
3. Änderungen dieser Landessatzung oder des Landesgrundsatzprogramms bedürfen einer 2/3-Mehrheit der anwesenden Landespartei mitglieder auf dem Landespartei tag und eine vorherige Genehmigung des Bundespartei sprechers.
4. Sofern die im Gesetz vorgesehenen Grundsätze einer demokratischen Wahl eingehalten werden, sind Online-Wahlen zulässig für Fälle, in denen das Gesetz es erlaubt.

Artikel 9: Voraussetzung, Form und Frist der Einberufung der Mitglieder- und Vertreterversammlungen sowie Beurkundung der Beschlüsse

Der Artikel 9 der Bundessatzung gilt im Sinne dieser Landessatzung für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein entsprechend. Zusätzlich ist auf Parteitage nach Änderungen der Bundessatzung automatisch über einen Satzungsänderungsantrag abzustimmen, der die Landessatzung an die aktuelle vom zuständigen Organ des Bundesverbandes bereitgestellte Mustersatzung für Landesverbände anpasst. Regionale Besonderheiten, die bereits in der Landessatzung stehen, bleiben dabei erhalten.

Artikel 10: Gebietsverbände und Organe, die zur Einreichung von Wahlvorschlägen für Wahlen zu Volksvertretungen berechtigt sind

1. Über alle Wahlvorschläge der PdF für Landtagswahlen im Bundesland Schleswig-Holstein entscheidet ein dazu durch den Landesvorstand einberufenes Sonderorgan.
2. Das Verfahren über die Aufstellung der in 1. beschriebenen Wahlvorschläge wird durch die Landesgeschäftsordnung des Landesparteitages geregelt.

Artikel 11: Urabstimmung der Mitglieder und Verfahren bei Auflösung des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein oder der Verschmelzung mit einem anderen Landesverband

1. Der PdF Landesverband Schleswig-Holstein kann nur durch Landesparteitagsbeschluss mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Landesparteimitglieder aufgelöst werden.
2. Der Artikel 11 Absatz 1 der Bundessatzung gilt weiterhin entsprechend dieser Satzung.

3. Der PdF Landesverband Schleswig-Holstein kann durch einen Beschluss, welcher unter den gleichen Voraussetzungen aus 1. zustande gekommen ist, mit einem anderen PdF Landesverband verschmelzen. Eine Verschmelzung ist nur zulässig, wenn eine Änderung der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland vorausgegangen ist und dadurch entweder das Gebiet eines Bundeslands maßgeblich geändert oder ein Bundesland aufgelöst wird oder mehrere Bundesländer zu einem neuen Bundesland vereinigt werden. Falls eine Neuorganisation des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein erfolgen wird, kann der Landesverband durch Landesparteitagsbeschluss nach den Voraussetzungen aus 1. einen anderen Landesverband oder den Bundesverband mit der provisorischen und zeitlich begrenzten (bis zum Abschluss der Neuorganisation) Führung der Geschäfte des PdF Landesverbandes Schleswig-Holstein beauftragen.

Artikel 12: Besondere Verantwortung von Amt- und Mandatsträgern

Artikel 12 der Bundessatzung gilt für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein unberührt.

Artikel 13: Finanzordnung

Artikel 13 der Bundessatzung gilt für den PdF Landesverband Schleswig-Holstein im Sinne der Satzung eines PdF Landesverbandes entsprechend.

Soweit der Landesverband keine eigene Verwaltung der finanziellen Mittel vorhält und die Verwaltung durch den Bundesschatzmeister erfolgt, übernimmt der Bundesverband die sich aus Artikel 13 der Bundessatzung ergebenden Verpflichtungen.

II. Schlussbestimmungen

Artikel 14: Schlussbestimmungen

1. Mitglieder als die treibende Kraft: Die Satzung soll für geregeltes, solidarisches und gemeinschaftliches Leben und Handeln in der Landespartei sorgen, in der jedem Mitglied, unabhängig von seinen fachlichen Kenntnissen oder persönlichen zeitlichen Einschränkungen, eine möglichst umfassende Beteiligungsmöglichkeit eingeräumt wird. Nur durch die Kooperation und Empathie gelingt es uns Menschen, Organisationen zu schaffen, die die Gesellschaft zum Guten verändern. Diese grundsätzliche Errungenschaft der Menschheit zu beherzigen, soll den Antrieb geben für eine basisorientierte und schlagkräftige Partei. Dementsprechend wird die tägliche Arbeit der Partei des Fortschritts geprägt sein von dem Drang sich über den Zustand der Welt zu bilden, von der aufklärerischen Kommunikation auf allen Ebenen, von dem optimalen Transport politischer Inhalte und letztendlich auch von der Bekämpfung von Demokratiedefiziten, Ungerechtigkeit, Vernachlässigungen und Armut in Deutschland und der Welt.
2. Salvatorische Klausel: Sollte eine der Bestimmungen in dieser Satzung ganz oder teilweise rechtswidrig oder unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dadurch nicht berührt; in einem solchen Fall ist die Satzung vielmehr ihrem Sinne gemäß zur Durchführung zu bringen. Anwendung des gesetzlichen Maßes bei ungültigen Leistungs- und Zeitbestimmungen: Beruht die Ungültigkeit auf einer Leistungs- oder Zeitbestimmung, so tritt an ihre Stelle das gesetzlich zulässige Maß. Änderung der Satzung im Falle einer rechtswidrigen oder unwirksamen Klausel: Die rechtswidrige oder unwirksame Bestimmung ist unverzüglich durch Beschluss der Mitgliederversammlung zu ersetzen oder zu entfernen.

III. Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 16.05.2025 in Kraft.